

«Es gibt ein MigrantInnenproblem»

Gewaltdelikte Laut dem Kriminologen Martin Killias ist die Schweiz keine Insel der Seligen

Die Zahl der brutalen Gewalt- und Sexualdelikte ist in den vergangenen 20 Jahren stark angestiegen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Kriminologischen Instituts der Universität Zürich und der Ecole des sciences criminelles der Universität Lausanne.

CLAUDIA RINDT

Die Zahl der Gewaltverbrechen steigt. Warum?

Martin Killias: Europaweit hat sich die Gesellschaft drastisch verändert. Jugendliche wachsen heute mit ganz anderen Freizeitangeboten auf. Früher mussten sich Eltern nicht besonders anstrengen, um Jugendliche zu bewegen, vor Mitternacht zu Hause zu sein. Danach fuhren sowieso keine Strassenbahnen mehr und die Kneipen waren in der Regel auch nicht mehr geöffnet. Heute haben wir die 24-Stunden-Gesellschaft, und die Kontrolle ist viel schwerer. Die Zeit für Trinkanlässe ist ausgeweitet. Dazu kommt die Macht der Medienangebote. Vereine, die bei der Sozialisation früher wichtige und stabilisierende Einflüsse hatten, verlieren an Bedeutung.

Viele glauben, die statistischen Veränderungen seien vor allem auf eine verstärkte Bereitschaft zurückzuführen, Delikte anzuzeigen. Stimmt das?



Martin Killias, 1948 in Zürich geboren, ist seit 2006 Co-Direktor des Kriminologischen Instituts der Universität Zürich. Zuvor hatte er an der Universität Lausanne gelehrt. Er war 2001 Gründungsmitglied und erster Präsident der europäischen kriminologischen Gesellschaft. Seit 1984 ist er auch nebenamtlicher Bundesrichter. (CR)

Killias: Das ist falsch. Bei der Anzeigerate ist keine steigende Tendenz festzustellen. Ich schliesse aber nicht aus, dass die Polizei die Ermittlungstätigkeit gesteigert hat.

In Ihrer Studie kommen Sie zu dem Schluss: Auch Jugendliche begehen zunehmend schwere Gewalt- und Sexualdelikte. Wer sind die Täter?

Killias: Es gibt in der Schweiz ein MigrantInnenproblem. Als Gewalttäter fallen vor allem Jugendliche vom Balkan auf. Studien deuten allerdings darauf hin, dass es sich nicht um eine von aussen importierte Gewaltkultur han-

delt. In Bosnien-Herzegowina, wo wie in 30 anderen Ländern nach derselben Methode Zahlen über Straftaten ausgewertet wurden, liegt die Jugenddelinquenz markant tiefer, vor allem bei Diebstählen, abgeschwächt aber sogar bei Gewaltdelikten. Die Jugendlichen dort werden noch ganz anders sozialisiert. Ihre Eltern leben teilweise in ländlichen, vormodernen Verhältnissen, in denen die moderne, urbane Idee von Freizeit und Hobbys keine Rolle spielt. Die Kontrolle durch die Familie hat noch eine hohe Bedeutung. Im Ausland bereiten diese Eltern ihre Kinder unzureichend auf die moderne Freizeitkultur vor.

Früher hiess es, Jugendliche seien Täter und Opfer. Gilt dies heute noch?

Killias: Hauptbetroffen von jugendlicher Gewalt sind Jugendliche. Das führt zu hoher Frustration bei gesetzeskonformen Jugendlichen. Bei Körperverletzungen allerdings gibt es auch eine Tendenz, dass zunehmend Erwachsene von Jugendlichen angegriffen werden. Die Zahlen sind aber noch nicht eindeutig interpretierbar.

Städte und Gemeinden reagieren mit Alkoholverboten in der Öffentlichkeit auf Jugendgewalt. Halten Sie dies für einen sinnvollen Weg?

Killias: Es ist eine mögliche Lösung. Jugendgewalt geht oft mit Alkohol einher.

Halten Sie die Strafen für jugendliche Gewalttäter für ausreichend?

Killias: Grundsätzlich sind Strafen nicht entscheidend für das, was auf der Strasse passiert. Die aktuelle Entwicklung ist auf Veränderungen in der Gesellschaft zurückzuführen. Allerdings ist auch festzustellen: Die Schweiz ist ein extrem mildes Land, was das Jugendstrafrecht betrifft. Die Unterschiede zu den Nachbarländern sind immens. In der Schweiz können für einen jugendlichen maximal vier Jahre Freiheitsstrafe verhängt werden. In Deutschland sind es zum Beispiel zehn.

Was schlagen Sie vor, um die Jugendgewalt einzudämmen?

Killias: Die 24-Stunden-Gesellschaft ist das Problem. Zu viele Regelungen wurden gelockert, etwa bei der Polizeistunde. Da muss man ran.

Wie steht die Schweiz im internationalen Vergleich da?

Killias: Wir sind keine Insel der Seligen, das zeigt der Vergleich mit den Nachbarländern. Die Schweiz steht inzwischen bei vielen Straftaten und einzelnen Gewaltdelikten an der Spitze. Vor 20 Jahren war das noch ganz anders. Ich denke, das ist darauf zurückzuführen, dass sich die gesellschaftlichen Umbrüche in der Schweiz besonders rasant vollzogen haben.

Nachrichten

Kiffen soll verboten bleiben

In der Schweiz soll das Kiffen verboten bleiben. Der Ständerat empfiehlt die Hanf-Initiative mit 18 zu 16 Stimmen zur Ablehnung. Es dürfe kein falsches Signal an die Jugend gesendet werden, sagte Bundespräsident Pascal Couchepin gestern in der kleinen Kammer. Zum Entscheid, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen, kam der Ständerat, nachdem die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit einen Vorschlag von Ständerat Felix Gutzwiller (FDP/ZH) abgelehnt hatte. Gutzwillers Vorschlag hätte vorgesehen, unter gewissen Voraussetzungen den Cannabis-Konsum bei Erwachsenen zu entkriminalisieren. Mehrere Ständeräte kritisierten den Nationalrat scharf. (AP)

Sicherheit Nationalrat will private Bahnpolizei

Für Sicherheit in Zügen sollen private Sicherheitsdienste sorgen, allerdings ohne umfassende polizeiliche Kompetenzen. Dies beschloss der Nationalrat mit 99 zu 84 Stimmen. Weiter beschloss die grosse Kammer, dass Bänder der Videoüberwachung in Bahnhöfen und Zügen 100 Tage lang aufbewahrt werden. Abgelehnt wurde dagegen, die Gewährleistung branchenüblicher Arbeitsbedingungen als Pflicht für die Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs festzuschreiben. Umstritten war die Frage, ob die Sicherheitsorgane mit einer Schusswaffe ausgerüstet werden oder nicht. Zu reden gab zudem, ob private Unternehmen des öffentlichen Verkehrs wie die SBB bedingt rückzahlbare Darlehen erhalten. Das gesamte Regelwerk geht an den Ständerat. (AP)

Astag Adrian Amstutz soll neuer Zentralpräsident werden

Der 55-jährige Berner SVP-Nationalrat Adrian Amstutz soll neuer Zentralpräsident des Schweizerischen Nutzfahrzeugverbands Astag werden. Er ist vom Astag-Zentralvorstand einstimmig als Kandidat für die Nachfolge von alt Ständerat Carlo Schmid (CVP) vorgeschlagen worden. Der neue Astag-Präsident wird von der Delegiertenversammlung am kommenden 23. Mai bestimmt. (AP)

Bischof Koch An Ostern will er wieder arbeiten

Der Basler Bischof Kurt Koch will seine Arbeit an Ostern wieder aufnehmen. Er befinde sich auf dem Weg der Besserung. Seine Ärzte hätten ihm aber geraten, sich nicht sofort wieder in die Arbeit zu stürzen, sagte der Informationsbeauftragte des Bistums Basel, Giuseppe Gracia. (AP)

Präzisierung Egerszegi und die Heiratsstrafe

In der MZ vom Dienstag wurde Ständerätin Christine Egerszegi (FDP/AG) punkto Standesinitiative «Heiratsstrafe» unpräzise zitiert. Egerszegi betonte, dass Ehepaare im heutigen System zwar nur 150 Prozent einer maximalen Altersrente erhalten, mit dem damit eingesparten Geld aber die Vorteile finanziert werden, die sie in der AHV gegenüber Konkubinatspaaren haben. Ein Beispiel: Der nicht erwerbstätige Teil eines Ehepaars bezahlt keine eigenen AHV-Beiträge, wenn der andere den Mindestbeitrag von 890 Franken pro Jahr entrichtet. Wenn man nun für alle eine Einzelrente sprechen würde, wie dies die Standesinitiative forderte, dann würden diese Vorteile wegfallen, erklärte Egerszegi. Die AHV sei nicht nur eine Alters-, sondern auch eine Hinterlassenenversicherung, auf deren Rente viele Menschen angewiesen seien. (BRU)

Ausschaffung SVP-Initiative formell zustande gekommen

Die Ausschaffungsinitiative der SVP ist formell zustande gekommen. Von den am vergangenen 15. Februar eingereichten 212028 Unterschriften seien 210919 gültig, teilte die Bundeskanzlei gestern mit. Die Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» will dafür sorgen, dass kriminelle Ausländer bei Delikten wie vorsätzlicher Tötung, Vergewaltigung, Raub, Menschen- oder Drogenhandel ihr Aufenthaltsrecht verlieren. (AP)

Chatten ist nicht immer harmlos

Kopf des Tages Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH) will Kinder vor Tyrannisierung im Chatroom schützen



BARBARA SCHMID-FEDERER Sie will mit Vorstössen erreichen, dass Eltern, Kinder und Lehrer für die Gefahren von Chatrooms sensibilisiert werden. MONIKA FLÜCKIGER/EO IMAGES

In ihren beiden ersten Vorstössen beschäftigt sich Barbara Schmid-Federer mit dem Phänomen «Cyberbullying».

KAREN SCHÄRER

Barbara Schmid-Federer hat auch schon gepochelt – zum Ausprobieren. Die 42-jährige fand durchaus gefallen daran, bevorzugt sie doch generell die schriftliche Kommunikation. Dennoch liess es die im Herbst 2007 gewählte Nationalrätin beim einen Mal bewenden.

Für Jugendliche gehört das Chatten hingegen zum Alltag. Eine deutsche Studie belegt, dass 70 Prozent der 10- bis 14-jährigen mindestens jeden zweiten oder dritten Tag chatten. Das Problem dabei:

Gemäss der Studie werden 38 Prozent der Minderjährigen gegen ihren Willen nach sexuellen Dingen gefragt, 11 Prozent mit Nacktfotos konfrontiert, 5 Prozent zu sexuellen Handlungen vor der Webcam aufgefordert. Für die Schweiz fehlen entsprechende Zahlen. Das soll sich nun ändern: Gestern reichte Schmid ein Postulat ein, das den Bundesrat auffordert, einen Bericht über «Cyberbullying» vorzulegen.

Mobbing im Internet

Gemäss der Fachstelle Schweizerische Kriminalprävention versteht man unter «Cyberbullying» «die wiederholte und willentliche Tyrannisierung von Personen durch Veröffentlichung von Belei-

digung, Erniedrigung oder Androhung von Gewalt im Internet». Seit Schmid davon gehört hat, ist sie alarmiert. «Cyberbullying» in Internet-Chatrooms ist eine neue Gefahr, die man noch wenig kennt. Doch sie wächst schnell, ist die Mutter zweier Söhne überzeugt. Der ältere Sohn, bald 13, trifft sich mit Kameraden im Chatroom; der jüngere (9) darf noch nicht ins Netz – ausser es geht um Recherchen für einen Schulvortrag.

Die Familienpolitikerin versucht ihren älteren Sohn zu sensibilisieren. Ab und zu kontrolliert sie, auf welcher Webseite er sich gerade befindet. «Wenn das Kind zu Hause vor dem Computer sitzt, fühlt sich die Mutter sicher», sagt

sie. «Dabei ist das Internet nichts Harmloses.» Schmid ist überzeugt: «Meine Generation wird überrollt von neuen Gefahren, die uns unbekannt sind.» Deshalb gibt sie sich auch mit einer Studie nicht zufrieden. In einem zweiten Vorstoss beauftragt sie den Bundesrat, «ein Massnahmenpaket gegen sexuelle Viktimisierung in Internet-Chatrooms von Kindern und Jugendlichen zusammenzustellen». Die Präventionsarbeit müsse verstärkt werden, wichtig sei auch eine bessere Koordination, sagt sie. Ihr schwebt vor, dass Information zu «Cyberbullying» in der ganzen Schweiz selbstverständlich wird wie Verkehrsunterricht oder Zahnreinigung in der Schule.